Abendausgabe

Nr. 141 ♦ 42. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 70

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag
24. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Braun im Kampf gegen Jarres.

Gegen die Verfackungspolitik und für die Rheinlande.

Alles Ableugnen und alles Verschieben der Debatte auf ein anderes Gleis hilft den Jarres-Leuten nichts; Jarres war es, der den ungeheuerlichen Plan gefaßt hatte, das Rheinland aufzugeben, um es später einmal mit Waffengewalt und mit dem Blute und den Knochen der deutschen Jugend zurückzuerobern. Jarres war es, Vater dieses politischen Wahnwitzes und sein Befürworter, der durch seine Haltung damit auch den Bestrebungen im Rheinland selbst einen Rückhalt gab, die mit der Schaffung eines selbständigen Rheinstaates liebäugelten und die zunächst einen etwas verhüllten Anfang mit verfassungsrechtlichen Aenderungen in der Rheinprovinz machen wollten.

Damals war es nicht etwa die Reichsregierung, die das erlösende Wort gegen solche Bestrebungen fand. Sondern es war Otto Braun, der damalige preußische Ministerpräsident und jetzige Kandidat der Sozialdemokratischen Partei für den Posten des Reichspräsidenten, der von der Tribüne des Landtages mit aller eindeutigen Klarheit und unbekümmert um die krisenschwangere Stimmung jener Tage erklärte, daß die preußische Regierung eine wie auch geartete Lockerung des Verhältnisses der Rheinlande zu Preußen auf keinen Fall zulassen werde. Braun führte in der Sitzung des Landtages vom 5. Dezember 1923 u. a. aus:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den obwaltenden Umständen die Loslösung des Rheinlandes aus dem preußischen Staatsgefüge der erste Schritt zur Losreißung dieses Gebiets vom Reiche ist. (Sehr richtig!) Ist einmal der erste verhängnisvolle Schritt getan, so ergibt sich die weitere Entwicklung unter dem Druck der Besatzungsmächte ganz zwangsläufig. Denn die französische Rheinlandpolitik ist nicht darauf gerichtet, die preußische Rheinprovinz zu einem selbständigen deutschen Staat im Rahmen des Deutschen Reiches gleich den anderen deutschen Ländern zu machen, sondern ihr Ziel ist die **Trennung dieses Gebiets vom Reiche.** (Sehr richtig!)

Deshalb muß mit aller Entschiedenheit den Anfängen gewehrt werden.

Die Verhandlungen, die zurzeit von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, bewegen sich nach dem, was darüber bekannt geworden ist, nicht immer im Rahmen der Reichs- und preußischen Staatsverfassung. „Die Reichsregierung hatte, nachdem die französische Regierung unmittelbare Verhandlungen über das Rheinland mit ihr abgelehnt hatte, einem aus den politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden gebildeten Fünfzehnerausschuß die Ermächtigung erteilt, um die Not der Bevölkerung zu lindern, über wirtschaftliche und soziale Fragen mit den Besatzungsmächten zu verhandeln. Ueber politische Fragen, Fragen staatsrechtlicher Natur, insbesondere über eine Umgestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des besetzten Gebiets sollte der Ausschuß nicht berechtigt sein zu verhandeln. Leider ist nunmehr zu konstatieren, daß bei den Verhandlungen, die die Beauftragten dieses Ausschusses mit dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission gepflogen haben, die politischen und staatsrechtlichen Fragen über die staatliche Umgestaltung des Rheinlandes mehr Gegenstand der Erörterung gewesen sind als die wirtschaftlichen und sozialen. **Wird doch in gewissen Kreisen bereits von einem selbständigen Staatsgebilde am Rhein mit eigener Steuerhoheit, selbständiger Verwaltung, eigenen Wirtschaftsgrenzen und eigener Währung gesprochen. Man macht sogar in diesen Kreisen bei den Erwägungen über den territorialen Umfang dieses neuen Staatsgebildes nicht einmal an den Grenzen des jetzt besetzten Gebiets halt,** sondern trägt sich mit erheblich weitergehenden Plänen auf Einbeziehung jetzt noch unbesetzter preußischer und hessischer Landesteile. (Rufe: Unerhört! Verrat!)

Allen diesen Bestrebungen hat die preußische Staatsregierung bisher entschiedenen Widerstand entgegengesetzt. Sie wird sie auch in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Dies gilt auch für alle die Pläne, die darauf gerichtet sind, staatliche Hoheitsrechte auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens entgegen gesetzlichen und Verfassungsvorschriften für ad hoc zusammengesetzte Ausschüsse oder für aus ihnen gebildete Körperschaften in Anspruch zu nehmen. Nach wie vor bleibt das bestehen, was ich bereits in der Sitzung des Landtages vom 9. Oktober erklärt habe, daß

die preußische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande niemals preisgeben werde. Die Staatsregierung muß es daher ablehnen, einer staatsrechtlichen Aenderung, wie immer sie auch gestaltet sein mag, ausdrücklich oder stillschweigend zuzustimmen. Sie lehnt vielmehr jede territoriale Aenderung preußischen Gebietes und jede Beeinträchtigung preußischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ab.

In dieser Stellungnahme kann sie sich erfreulicherweise auch einig fühlen mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des besetzten preußischen Gebiets (sehr richtig!), wie das noch vor kurzem in einer entschiedenen Stellungnahme insbesondere auch des westfälischen Provinziallandtages für Preußen und das Reich zum Ausdruck gekommen ist.

Wir sind uns wohl bewußt, daß wir es bei dieser Erwägung nicht bewenden lassen dürfen. Die Staatsregierung ist daher auch gewillt, diesen

ihren Standpunkt mit der gebotenen Aktivität zur Geltung zu bringen.

Sie wird insbesondere hinwirken auf die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung in den besetzten und unbesetzten Teilen des Staates auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete. Das wird sich allerdings nur durchführen lassen, wenn alle Einnahmequellen in allen Kreisen des Volkes und allen Teilen des Landes bis aufs Letzte ausgeschöpft werden. Gewiß müssen die **Mißstände, die sich auf dem Gebiete der Unterstützungen und Entschädigungen herausgebildet haben, abgestellt werden.** Wenn es dann nach gelingt — worauf wir jetzt hoffen dürfen —, die Wirtschaft allmählich wieder in Gang zu bringen, dann dürfte es möglich sein, im besetzten Gebiet auch auf sozialem Gebiete die Leistungen zu gewähren, die im unbesetzten Gebiet gewährt werden müssen und gewährt werden können. Jedenfalls darf die Bevölkerung des besetzten Gebietes versichert sein, daß die preußische Regierung sich wohl bewußt ist der Pflichten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die ihr aus der Geltendmachung und Aufrechterhaltung ihrer Hoheitsrechte erwachsen. (Lebhafter Beifall.)"

Diese Rede Otto Brauns war eine große historische Tat. Die Energie, die aus diesen Worten sprach und der unbeirrbare Wille, der unter Brauns und Severings Führung stehenden preußischen Regierung verhinderten, daß die separatistischen Strömungen und Verfackungstheorien nach dem Muster des Herrn Jarres überhand nahmen und daß mit der Abtrennung des Rheinlandes der Zerfall des Reiches einsetzte. So kann Otto Braun, der in jenen schweren kritischen Tagen fest und klug an der einzig richtigen und möglichen Politik festhielt, während Herr Jarres eine wahnwitzige Katastrophenpolitik vorschlug, mit Fug und Recht der

Retter und Erhalter des Rheinlands und des Reiches

genannt werden. Hätte damals die preußische Regierung Männer wie Jarres in ihrer Mitte gehabt — es wäre der Anfang vom Ende des Reiches gewesen!

Otto Braun am 29. März wählen, heißt deshalb auch ihm das Zeugnis erteilen, daß er auf seinem verantwortlichen Posten in allerschwerster Zeit ein wirklicher politischer Führer gewesen ist, der Deutschland vor dem Schlimmsten bewahrt und der die Hauptgarantie für eine spätere glückliche Zukunft unseres Landes, die Einheit und den Zusammenhalt des Deutschen Reiches bewahrt hat!

Stresemann im Sturm.

Wer steht zu ihm?

Der Außenminister der Rechtsregierung, Herr Stresemann, war in Dresden Gegenstand des heftigsten Angriffs des Alldeutschen Verbandes, der in der Forderung gipfelte, ihn vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion, wie die Abgeordneten Gok und Lohmann, assistierten diesem Angriff.

Pflicht der deutschnationalen Regierungspartei wäre es, die Disziplin in ihren Reihen herzustellen und die Außenpolitik der Regierung zu verteidigen. Davon findet man aber in der deutschnationalen Presse keine Spur. Die „Kreuzzeitung" verteidigt nicht die Außenpolitik der Regierung, sondern nur sich selbst in weinerlichem Ton gegen den alldeutschen Vorwurf, sie hätte gegen die Regierungspolitik nicht genug Opposition gemacht. Die „Nationalpost" registriert die Angriffe des Alldeutschen Verbandes gegen Stresemann, ohne zu ihnen Stellung zu nehmen, im übrigen findet sie die Annahme eines nahe bevorstehenden Zusammenbruchs der Regierungskoalition „zum mindesten sehr verfrüht".

Zu Stresemann steht nur die volksparteiliche Presse. „Die Zeit" nennt die Dresdener Claß-Rede „Phrase statt Politik", und renommiert sehr töricht damit, daß es gelungen sei, die östlichen Grenzfragen wieder aufzurollen. Sie beruft sich dabei mit unglaublicher Illusionsfähigkeit auf die englische Presse.

Die „Nationalliberale Correspondenz" wendet sich ziemlich höhnisch gegen die Deutschnationalen. Sie erklärt ihre Beschwerde über mangelhafte Unterrichtung für unberechtigt und schreibt:

Im übrigen ist, wie uns von parlamentarischer Seite berichtet wird, die Auseinandersetzung über die Sicherheitsfrage **im Auswärtigen Amte in durchaus sachlicher Form** erfolgt, und die Ausführungen des Außenministers haben **volle Würdigung bei allen Fraktionen gefunden,** wenn selbstverständlich auch über Einzelheiten in bezug auf das Erreichen des allen vorschwebenden Zieles Meinungsverschiedenheiten bestehen können.

Das ist eine leise Drohung mit Indiskretionen.

Die Königsmacher rühren sich.

Auch der sächsische Exkönig mit dabei.

Wien, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiener Königsmacher haben nunmehr auch den ehemaligen sächsischen König Friedrich August zu ihren Beratungen hinzugezogen. Er war vorige Woche mit falschem Paß in Wien und hat mit den Legitimisten konferiert. Als die Polizei zur Ausweisung schreiten wollte, waren er und sein Schwiegersohn, der ehemalige Erzherzog Franz Joseph bereits wieder ausgerückt.

Aus!

Die Weltrevolution von Moskau abgesagt.

Es ist aus. Die letzte Illusion zerflattert. Moskau hofft nicht mehr. Die unbekannte Größe im Osten, an die sich die Hoffnungen der deutschen Kommunisten anklammerten, wenn die nüchterne Sprache der Tatsachen in Deutschland an ihrer gläubigen Zuversicht rüttelte, ist zur Bekannten geworden. Heil Moskau! So riefen die Kommunisten, abgewandt vom notwendigen täglichen Kampfe der deutschen Arbeiterschaft. Heil Moskau! Das war der Ruf der Verzweiflung an einem kommunistischen Sieg in Deutschland. Abgewandt von Deutschland starrten die Kommunisten nach Osten. Dort glaubten sie die Macht, der sie märchenhafte Dimensionen und wunderbare Kräfte zuschrieben. Moskau und die Weltrevolution!

Die Hoffnung der Kommunisten ist von Land zu Land geflüchtet. Es stockt in Deutschland. Da winkt ein neuer weltrevolutionärer Akt in der Tschechoslowakei. Hunger und Arbeitslosigkeit — Moskau wird daraus den neuen Ausgangspunkt der Weltrevolution machen. Moskau ist mächtig. Die Hoffnung trog. Die Blicke nach Bulgarien! Sitzen nicht bulgarische kommunistische Führer in der Exekutive von Komintern? War Rußland nicht immer mächtig auf dem Balkan? Ein Abenteuer, ein Zusammenbruch. Nun aber Rumänien! Da ist Moskau näher. Was wird die Rote Armee tun? Kommt es zum Kriege? Mit zitternder Ungeduld erwartet der deutsche Kommunist den Kriegsausbruch. Warum nicht? Entfesselt die Kriegsfurie auf dem Balkan, die Weltrevolution wird dann vom Balkan aus ihren Siegeszug antreten. Da wird es wieder still, auch diese Hoffnung hat getrogen. Aber die Welt ist groß, und der Arm Moskaus reicht weit. Eine Revolution, eine wirkliche Revolution, wenn auch in China. Heil Moskau! Aus dem Reiche des Ostens wird uns Moskau die Sonne der Weltrevolution aufgehen lassen, die die deutsche Sozialdemokratie bisher verfinsterte. Und wieder verfällt Moskau und verfällt die „Rote Fahne" in Schweigen, und wieder entsteht eine neue Hoffnung. Hat man nicht von dem schier märchenhaften Elan des englischen Proletariats gehört? Ist es nicht bereit, Macdonald zu stürzen und in England auf Barrikaden für die Sowjetrepublik Großbritannien zu kämpfen? Führt nicht Moskau gegen das regierende Geschmeiß des englischen Kapitals eine kriegerische Sprache? Winselt nicht das englische Kapital um Zulassung in Sowjetrußland, schlagen sich nicht die großen Weltstaaten Europas die Köpfe ein aus Konkurrenzneid um russische Konzessionen? England, der alte Herr der Welt — Sowjetrepublik. Heil Moskau, Heil Sowjet-London!

Weltrevolution! Ein großer, kühner Gedanke, eine gigantische Phantasie, die die Entwicklung von Jahrhunderten in einen kurzen Akt von Monaten und Jahren zusammendrängte, geboren aus der umwälzenden Zeit des Weltkrieges. Nun ist es ein Schlagwort, das zur Farce geworden ist, eine letzte Illusion derer, die an der eigenen Kraft verzweifeln und vor der Perspektive langen, zähen Ringens um Aufstieg zurückschrecken, weil sie unfähig sind, anders denn bewegt dramatisch in der Politik zu denken. Eine letzte Illusion, die nur geglaubt wird, weil hinter dem Zweifel und dem Unglauben grauenhafte Enttäuschung steht, Enttäuschung und Verzweiflung für den einfachen Arbeiter, der mit vollem Glauben und mit allen Fasern seines Herzens an dem Glaubenssatz der Weltrevolution gehangen hat. Zerbricht der Glaube an die Weltrevolution, dann zerbricht für ihn alles. Wie läßt sich dann sein erbitterter Kampf gegen seine sozialdemokratischen Arbeitskollegen rechtfertigen, wie die Härten und die Ungeheuerlichkeiten der kommunistischen Taktik; wie seine Abkehr von der Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft? Dann steht er allein, enttäuscht, hilflos in der rauhen Luft der politischen und sozialen Tatsachen in Deutschland.

Darum ist das Umherschweifen der letzten Illusionen der Weltrevolution von Land zu Land über den ganzen Erdball, so unglaubhaft schier und so lächerlich es erscheinen möchte, im Grunde eine Tragödie irregeführter Arbeitermassen. Nicht der kommunistischen Führung. Sie hat ihre Stunde des Zweifels, des Zerbrechens des Glaubens längst erlebt. Sie weiß längst, daß es aus ist. Für sie war die Weltrevolution nur noch die Glaubenslüge, die noch Arbeiterscharen bei der kommunistischen Partei hielt. Denn wenn der Glaube der Massen zerbricht, der sich in dem Rufe „Heil Moskau" symbolisiert, dann ist es aus. Ohne die von Moskau ausgehende Suggestion muß die Kommunistische Partei in Deutschland zusammenbrechen.

Nun ist es aus. Moskau tritt aus der Rauchwolke, die seine Größe den Gläubigen verhüllte, in seinem wahren Format hervor — selbst enttäuscht, müde an den eigenen, noch künstlich genährten Illusionen verzweifelnd. Kein belehrender Finger zeigt mehr von Moskau auf eine Stelle des Erdballs, um sie zum Nabel der Weltrevolution zu bestimmen, keine Fanfare erklingt mehr. Die Weltrevolution ist aus. Die letzte Illusion ist zerschlagen. Moskau senkt das Haupt. Sinowjew, der große Erfinder von Illusionen, die die Massen betören, erklärt in der „Prawda":

„Man sehe eine abebbende revolutionäre Welle, Mangel an Vertrauen, Ueberläufer auf die Seite des Feindes. Die Weltrevolution entwickele sich verhältnismäßig langsam. Der Kampf gegen die Kommunistische Internationale werde systematisch in ganz Europa, ja in der ganzen Welt geführt. Was Deutschland betreffe, so gebe es dort jetzt überhaupt keine wirklich revolutionäre Situation. Die Kommunistische Internationale verschließe den Tatsachen gegenüber nicht die Augen."

Mag auch die Organisation der Kommunistischen Internationale noch weiter ihr Leben fristen, der Geist, den sie beseelte, die Idee, die ihr feuriges Leben einhauchen sollte, ist tot. Das Experiment ist zu Ende. Bald kommt die Stunde des Rechnens! Bald werden die enttäuschten und nun der Verzweiflung preisgegebenen Massen sich fragen: wie teuer haben wir das Experiment die Arbeiterschaft der Welt, die internationale sozialistische Bewegung bezahlen lassen? Das Experiment ist zu Ende. Es ist aus, aus, aus.

Aus! Was bleibt, was in Deutschland bleibt, ist die Agonie einer Partei, die den Himmel zu stürmen vorgab und nun ins Nichts versinkt. Was bleibt, sind die Zuckungen des Wahnwitzes im Todeskampf. Was bleibt, ist die Verzweiflung, die sich gegen alles, vor allem aber gegen die Massen in den geschlossenen Organisationen der Arbeiterschaft wendet. Die kommunistische Bewegung in Deutschland mündet aus in zwei Endpunkte: in die Sekte und ins Verbrechen.

Der Glaube an die Weltrevolution ist dahin. Moskau hat ihn zerbrochen. Nun heißt es die verzweifelnden Massen für die sozialistische Erkenntnis zu gewinnen, sie einzubeziehen in die Massenpartei des arbeitenden Volkes, sie zu erziehen, daß sie sich von der Jagd nach trügerischen Illusionen abwenden und Erlösung suchen nicht durch ein weltrevolutionäres Wunder, sondern durch eigene Arbeit und Kraft und Pflichterfüllung.

Sozialisten und Kommunisten in Rußland.

Was verlangen die russischen Sozialdemokraten?

In einem Artikel, den der jetzt in Amerika weilende Führer der russischen Sozialdemokratie, Genosse R. Abramowitsch in dem New Yorker sozialistischen Organ „New Leader" veröffentlicht, wird in kurzen Zügen das politische Programm unserer russischen Genossen formuliert. Es heißt in dem Artikel:

Die russischen Sozialisten und besonders meine Partei wenden sich nicht gegen den Bolschewismus, weil er ihnen etwa zu sozialistisch ist, sondern im Gegenteil, weil er trotz seiner radikalen Phraseologie reaktionär ist und gegen die Interessen der arbeitenden Klassen wirkt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die russische Revolution der Natur der Dinge nach eine sozialistische Revolution weder war, noch sein konnte. Ihre Hauptaufgabe, gleich der der großen Französischen Revolution, war der Sturz der feudal-aristokratischen Monarchie und die Durchführung der Agrarrevolution im Interesse von hundert Millionen Bauern. Diese Aufgabe hat sie erfüllt. Der Bürgerkrieg ist vorbei. Was Rußland jetzt braucht, ist nicht eine Politik der Zerstörung, sondern ein Programm der aufbauenden Demokratie, die trotz aller ihrer Mängel für Rußland doch den größten Fortschritt und eine notwendige Entwicklungsstufe darstellt. Politische Freiheit ist jetzt für Rußland, und insbesondere für die russischen Arbeiter, eine unbedingte Lebensnotwendigkeit.

Wir russischen Sozialisten streben jedoch nicht einen gewaltsamen Sturz der russischen Regierung an. Wir bemühen uns im Gegenteil, neues Chaos und neuen Bürgerkrieg zu vermeiden. Unser Ziel ist, die notwendigen Reformen auf so friedlichem Wege als nur immer möglich zu erlangen, insbesondere durch den politischen Druck der arbeitenden Bevölkerung.

Darum sind die Sozialisten aller Schattierungen, einschließlich der georgischen, bereit, die Stellung einer legalen Opposition mit Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit innerhalb des Rahmens des Sowjetsystems zu akzeptieren.

Von diesem Gesichtspunkt aus tritt unsere Partei unermüdlich für die Anerkennung Sowjetrußlands durch die auswärtigen Mächte ein. Wir haben stets die Intervention fremder Regierungen in unserem Land bekämpft, und in der Tat bedeutet rechtliche Anerkennung den Verzicht auf die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands.

Diplomatische Anerkennung bedeutet dagegen keinerlei moralische Gutheißung der Regierung, die man anerkennt. Wäre dies anders, so könnten die demokratischen Länder weder Mussolinis Regierung in Italien, noch das Horthy-Regime in Ungarn anerkennen. Ebensowenig ist die Anerkennung Sowjetrußlands durch eine auswärtige Macht ein revolutionärer oder konterrevolutionärer Akt. Sie ist einfach eine Frage der Handelsbeziehungen. Im Interesse der Zukunft Rußlands und zum Wohle des Friedens und des Gedeihens der ganzen Welt muß Rußland so schnell und so umfassend als möglich in den internationalen Gedankenaustausch wieder eingegliedert werden.

Die Ausführungen des Genossen Abramowitsch, die in der Frage der Stellung zum russischen Kommunismus die Grenzlinien nach rechts und links scharf ziehen, sind nicht nur geeignet, manche auch in Parteikreisen auftauchenden Unklarheiten in bezug auf die russische Frage zu beseitigen, sie gewinnen auch eine enorme praktische Bedeutung angesichts der Wandlungen, die sich in letzter Zeit, unter dem Druck der bäuerlichen Opposition, in Rußland anzubahnen scheinen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der schwarzweißrote Rechtsblock präsentiert in Dr. Jarres den Platzhalter für den ersehnten Monarchen. Wir rufen zum Kampf für die Republik auf.

Unter dem alten 48er Barrikadenbanner und unter unserem roten Banner wollen wir siegen. Zeigt unseren Gegnern die Symbole der Freiheit: alle roten, alle schwarzrotgoldenen Fahnen heraus!

Der Bezirksvorstand.

Gemeinschaft der Lügner.

Wenn sie im Kot sich finden, verstehen sie sich gleich . . .

Die Steigbügelhalter der Reaktion, als welche die Kommunisten in unbewachten Augenblicken sich selbst bezeichnen, helfen ihren Verbündeten von rechts nicht nur in den Parlamenten, sie fangen auch getreulich die Schmutzbälle auf, die von jenen geworfen werden, um die Sozialdemokratie zu verleumden.

Ein besonders kennzeichnendes Beispiel dafür liefert heute das Berliner Moskowiterblatt. Es entnimmt einem Papier, das es selbst als „ein schmutziges antisemitisches Revolverblatt" bezeichnet, die folgende Notiz, die es als wahr unterstellt:

„Vor den Reichstagswahlen 1920 wurde dem sozialdemokratischen Parteivorstand in der Lindenstraße ein Geldpaket mit der für die damalige Zeit bedeutenden Summe von 250 000 M. überbracht. Dieses Geld stammte von Hugo Stinnes. Das war den Leuten in der Lindenstraße bekannt, und doch quittierte Herr Braun dankbar und schmunzelnd für den ansehnlichen Batzen Geldes."

Aus dieser Notiz, die aus einer von der „Roten Fahne" selbst als „schmutziges antisemitisches Revolverblatt" bezeichneten Quelle stammt, folgert das Kommunistenorgan, die Sozialdemokratie habe „aus den Händen von Hugo Stinnes gefressen".

Die ganze Geschichte ist ein ungeheurer Blödsinn, der durch die Fälscherabsichten seiner Urheber bösartig wird. In Wirklichkeit hat der Parteivorstand vor den Reichstagswahlen 1920 tatsächlich einmal einen Betrag von 250 000 M. erhalten, aber nicht von Hugo Stinnes, sondern von Herrn Erdmann, dem Inhaber der Verlagsanstalt „Aufbau und Werden". Erdmann hat sich immer als sehr vermögender Parteigenosse bezeichnet. In seinem Verlage erschienen Werke von Heinrich Ströbel u. a. Es lag also gar kein Grund vor, das Geld von einem Parteigenossen zurückzuweisen, um so weniger, als der Geber auf die Erklärung des Genossen Dr. Adolf Braun, daß keinerlei Bedingung über den Verwendungszweck angenommen würden, ausdrücklich zustimmte.

Später brachte der Parteivorstand in Erfahrung, daß die von Dr. Adolf Braun ausgestellte Quittung von dem Geldgeber als Empfehlung an anderer Stelle vorgezeigt worden sei. Er ließ Erdmann sofort zu sich kommen, machte ihn auf das Unzulässige einer derartigen Verwendung aufmerksam und forderte als Sicherung, daß ein derartiger Unfug nicht wieder vorkomme, die Rückgabe und Vernichtung der Quittung. Die Quittung wurde auch abgeliefert und vernichtet. Ob Herr Erdmann mit Stinnes Beziehungen hatte, war dem Parteivorstand unbekannt. Es wurde auch nicht vermutet, daß Stinnes für den Kampffonds der Sozialdemokratie irgendeinen Betrag spenden würde. Eine so perverse Erfindung mußte erst nach dem Tode von Hugo Stinnes auftauchen.

Worauf es der Gemeinschaft der politischen Lügner ankommt ist, daß sie den Namen des sozialdemokratischen Kandidaten zur Präsidentschaftswahl, Genosse Otto Braun, mit der Geldgeschichte in Verbindung bringen wollen. Deshalb sprechen sie nur von „Herrn Braun". Daß Otto Braun zu jener Zeit preußischer Minister war und deshalb mit der Kasse der Partei garnichts zu tun hatte, liegt auf der Hand. Aber den Gesellen, die das neue Bubenstück ersonnen, ist natürlich auch ganz genau bekannt, daß nicht Otto Braun, sondern der Genosse Dr. Adolf Braun, der noch heute dem Parteivorstand angehört, jene Quittung ausgestellt hat. Das „schmutzige antisemitische Revolverblatt" fälscht und das Organ Thälmanns und Ruth Fischers übertrifft es noch, indem es die Fälschung vergröbert.

Sie verstehen sich sofort, wenn sie sich nur in der Gosse finden. . . .

Monarchie und Republik.

Eine geschichtliche Feststellung zum Magdeburger Prozeß

Der frühere Reichskanzler Fehrenbach hat gestern als Zeuge im Magdeburger Prozeß bekundet, Ebert habe sich nicht lange vor der Novemberumwälzung damit abgefunden, daß Deutschland auch nach der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen, die er schon damals forderte, Monarchie bleibe. Und zwar hätte der älteste Sohn des Kronprinzen, damals beinahe noch Säugling, zum Kaiser unter einer Reichsverweserschaft ausgerufen werden sollen.

Die Bekundung, die nichts Neues enthält, ist richtig. Eberts Bestreben war, Deutschland nach der Niederlage, die Ludendorff damals eingestanden hatte, mit möglichst geringen Erschütterungen einem erträglichen Frieden entgegenzuführen. Vor allem galt es, über die Katastrophe hinweg, die Einheit des Reiches zu erhalten.

Im Norden hatten sich die Hohenzollern so unpopulär gemacht, daß er zur Republik reif war. Weniger klar lagen die Dinge im Süden, wo die Dynastien weniger großspurig aufgetreten waren und daher auf dem Lande und bei dem Kleinbürgertum Sympathien genossen. Rief aber der Norden die Republik aus und blieb der Süden monarchistisch, dann war die Zerreißung des Reiches und vielleicht ein Krieg zwischen Deutschen und Deutschen da.

Es lagen also sehr triftige Gründe dafür vor, in der damaligen überaus kritischen Situation die Frage der Staatsform nicht übers Knie zu brechen. Selbstverständlich war, daß die parlamentarische Demokratie die kommende Regierungsform Deutschlands sein mußte, ihr Sieg war damals auch nahezu schon vollendet. Die Frage war nur, ob die künftige Verfassung Deutschlands mehr jener Englands und Schwedens gleichen sollte oder jener Frankreichs und der Vereinigten Staaten.

Da kam am 7 November die Ausrufung der Republik in München, für die Republik auch im Norden war die Bahn frei. Jetzt war die Republik die Einheit, und seitdem ist jeder Versuch einer monarchistischen Restauration ein Angriff auf das, was Ebert durch seine vorsichtig abwartende Politik gerettet hatte, auf die Einheit des Reiches.

Ebert-Schule in Heidelberg. Der Heidelberger Stadtrat hat beschlossen, die Volksschule in der Sandgasse, in der der verstorbene Reichspräsident in der Jugend seinen Unterricht genossen hat, Ebert-Schule zu benennen.

Der neue Polizeipräsident in Halle. Der neue Polizeipräsident Oezle ist in Halle eingetroffen und wird in den nächsten Tagen sein Amt antreten.

O alte Burschenherrlichkeit . . .

Von Hans Bauer.

1848, in dem „tollen Jahr", da waren es nicht zuletzt die deutschen Studenten, die in aller Unbestimmtheit der Zielsetzung, in aller Verworrenheit der Planfixierung, nach der das neue deutsche Haus gebaut werden sollte, im Herzen den großen Freiheitswillen trugen, die Leidenschaft für die bessere Zukunft. Sie standen mit den Arbeitern auf den Barrikaden und ihre Fahne war — nicht das eindeutige Rot der Klassenüberwindung zwar: das konnte es nicht sein —, aber doch das Schwarz-Rot-Gold der bürgerlichen Demokratie, der ehrlichen Volksliebe, des brennenden Hasses gegen monarchistische Souveräne.

Die Studenten von heute wünschen nicht, an die Freiheitssehnsucht ihrer Väter erinnert zu werden. Sie haben sie vergessen. Sie ist aus ihrem Herzen, aus ihrem Gedächtnis gejätet. Manchesmal allerdings noch nicht aus ihrem Banner. Dort fristet sie dann ein allenfalls toleriertes Dasein aus Tradition. Bis zur Revolution machte das hingehen. Die Sinn der schwarzrotgoldenen Fahne war ja da gemeinhin schon gar nicht mehr geläufig, war von sieben Jahrzehnten deutscher Untertanengesinnung verschüttet worden. Es machte sich sogar recht gut, wenn der Bursch über seinem unverbindlichen Gesuchtel mit hohlen Freiheitsworten das Banner von 1848 wehen und keinen Menschen merken ließ, daß die Freiheit, wie er sie auffaßte, eine ganz andere geworden war als die, die seine Väter gemeint hatten. Aber da erinnerte sich die Revolution des schwarzrotgoldenen Ideals und zog die herabhängenden Farben wieder hoch. Die Studenten mit dem schwarzrotgoldenen Banner, wenn auch nicht mit dieser Gesinnung, wurden nervös. Eine Zeitlang ertrugen sie die Zwiespältigkeit von Wesen und Farbe. Sie deuteten und interpretierten. Sie glaubten wohl auch, daß es nicht gar so lange dauern werde, daß ihr Farbenband gleichzeitig das des Reiches sei. Nun aber scheint es nicht mehr länger gegangen zu sein. Die Burschenschaft Germania in Halle hat ihr schwarz-rot-goldenes Banier endgültig eingerollt und die Farben weiß-rot-gold angenommen. Der Rektor in der Universität hat mit seiner Erlaubnis dazu nicht zurückgehalten. Damit ist der Bruch mit der alten Vergangenheit und der Gegenwart zugleich zugunsten der nahen Vergangenheit mit ihren Symbolen vom Döberitzer Exerzierplatz, Anton von Wernerschen Oeldruckgemälden, von Unteroffizierherrlichkeit und Kaisergeburtstagsreden vollzogen. Zugleich aber auch die äußerliche Dokumentation der Schande einer senilen Jugend, die hinter ihren nationalen Phrasen gar nichts anderes verbirgt als ihren Aerger über die durch die Revolution entstandenen Schwierigkeiten, ohne Leistungen im Leben mühelos aufzurücken.

Unter den schwarzrotgoldenen Barrikadenkämpfern von 1848 sind vielleicht auch Väter der Hallenser Germanen gewesen. Die Söhne haben bewiesen, daß sie auch in der übertragenen geistigen Bedeutung bereit sind, den Befehl jenes verrückten Phantasten von Doorn auszuführen, „auf Vater und Mutter zu schießen".

Feierliche und festliche Tanzrhythmen.

Neue Tänze führte Jutta Klamt mit ihrer Gruppe in der Sonntagsmatinee im Theater am Kurfürstendamm vor. Die Meisterin selber, Tiefständerin von wuchtiger Schwere, mächtig eindrucksvoll im Pathos der heroischen Gebärde und in kultisch-feierlicher Rhythmik. Die Tanzfiguren nicht durch Sprünge, sondern meist durch majestätisches Schreiten gebildet, in gehaltener, zuweilen beschwingter, selten ekstatischer Bewegung. Die Beinrechnik wenig kultiviert. Vornehmste Kunstmittel: Oberkörper und Arme. Diese verbinden strengste Klarheit der Aktion mit einer unerschöpflich wandlungsreichen, tief seelischen Ausdruckskraft, die unter den Tänzerinnen unserer Zeit nicht ihresgleichen hat. Zu weltentrückender Andacht stimmend in den beiden schönsten Gaben „Erkenntnis" und „Ergebung".

Der Stil dieser Gruppentänze sehnt sich nach weiten Räumen und Massenentfaltung. Die Bühne war zu klein, obwohl der Kuppelhorizont (man sollte nie anders als vor Kuppelhorizonten tanzen) das Gefühl räumlicher Unendlichkeit suggerierte. „Auftakt" und „Finale" hätten noch stärker gewirkt, wenn Podium und Gruppe größer gewesen wären. Zwei Gipfelpunkte: „Bindung" und „Lento". Die erste anfangs ein wenig schleppend, in der dreifachen Wiederholung des gleichen Motivs, dann zu tiefsten Eindrücken sich steigernd mit der scharfen Kontrastierung aktiver und passiver Bewegung, deren Gegenspiel auch durch die hier leuchtend roten, dort müde grünlich-changierenden Kostüme kraftvoll betont wurde. Fast noch schöner und vollkommen rein in der Wirkung (weil dieser Kammertanz in die Enge des Raumes zwanglos sich fügte): das „Lento" mit seiner zauberhaft feitlich-ernsten Stimmung. Wundervoll in beiden Tänzen die Schlußattituden.

Der Stil der Klamt-Gruppe stellt an die Aufnahmefähigkeit des Publikums heute nicht mehr die Anforderungen, die er vor Jahr und Tag stellte. Die Kompositionen sind jetzt einfacher und klarer gegliedert. Wem freilich nur heiteres Reigenhüpfen als Tanz gilt und wer Freude am süßlichen Kitsch pantominischer Märchenspiele hat, wird unbefriedigt bleiben. Wem aber natürliches rhythmisches Körpergefühl eignet, der kann hier und muß mitgehen. Das Publikum ging mit, freudig, ergriffen, begeistert.

John Schikowski.

Die Künstlergemeinschaft „Die Rampe", die von der knallenden „Pistole" der politischen Anpflaumung nicht mehr so regen Gebrauch macht wie anfangs, ohne nun deswegen, wie sonst „spaßeshalber" noch so oft üblich, die Republik mit faulen Eiern zu bewerfen, markt mit einem selten guten Programm auf. Man macht nicht in Aesthetik, man macht nicht in Ekstase, man bemüht sich auch nicht, die sogenannten niederen Instinkte zu kitzeln: man macht eben nur anständiges Kabarett. Da ist zunächst einmal als Conférencière die kesse Resi Langer, die, weil sie den Mut zum Uebergang hat, vielleicht noch eine zweite Rosa Valetti werden wird; da ist die stets tragikomische Annemarie Haase „midden Zopp", fast erschütternd in dem Lied: „Vata jeht uffn Strich, Mutta jeht uffn Strich, Großmutta kann nich mehr, un ich dürf noch nich"; da sind weiter zu nennen Alfred Lindt und Kurt Wolowski in ihren Vorträgen und Vorspielen, in sehr lustigen Tänzen Grit Hegesa und eine dreiköpfige „Tanztruppe", deren Namen ich vergaß, deren Leistung aber lange im Gedächtnis bleiben wird — kurz und gut: es war eben kein bißchen kurfürstendammlich, sondern sehr, sehr schön, und es bleibt nur immer und immer wieder der Wunsch zu betonen, daß auch ein Arbeiterpublikum so etwas zu sehen bekommt.

ergo.

„Die Verschwörung der Zarin." Im Moskauer Komödientheater ist unter dem Titel „Die Verschwörung der Zarin" ein Drama aufgeführt worden, dessen Verfasser der auch in Deutschland nicht unbekannte Dichter Alexei Tolstoi und der Historiker Professor Schtschegolew sind. Im Mittelpunkt dieser Tragödie steht die Kaiserin Alexandra, die letzte Zarin von Rußland. Die beiden Autoren, der Dichter und der Gelehrte, haben den Versuch unternommen, die Ereignisse der letzten Wochen vor dem endgültigen Sturz des russischen Zarentums in eine Reihe von dramatisch bewegten Szenen auf die Bühne zu bringen. Nach Meinung der maßgebenden Moskauer Kritik ist indessen dieser Versuch vollständig mißlungen. Der Kritiker der „Iswestija" Sobolew widmet ihm eine Besprechung, die für die Verfasser wie auch für den Regisseur geradezu vernichtend ist. Seiner Meinung nach hat der Dichter nichts weiter zu dem Drama beigesteuert, als die Dramatisierung von Anekdoten und Schauergeschichten, die unwahrscheinlich und jedenfalls durchaus unbeglaubigt sind. Das große Unternehmen des Komödientheaters, das offenbar dem Zeitgeschmack Rechnung tragen sollte, ist also nach der Kritik der Sowjetpresse verunglückt.

Wissenschaftliche Landarbeitsforschung. In einer Kleinen Anfrage eines Landtagsabgeordneten wurde auf die Tätigkeit des Ordinarius des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Göttingen hingewiesen, der ein neues Wirtschaftsgebiet der Landwirtschaft, die Landarbeitslehre, bearbeite. Auf die Frage, ob das Staatsministerium diese Arbeiten zu fördern gedenke, erwidert der preußische Unterrichtsminister, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, die Staatsregierung habe der Schaffung von Einrichtungen für Landarbeitsforschung seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit zugewandt, jedoch konnten bisher die unternommenen Schritte wegen der Finanznot des Staates nicht von Erfolg begleitet sein. Die Staatsregierung werde jedoch bemüht sein, den genannten Wissenschaftszweig durch Einrichtung eines kleinen Lehrinstituts und durch Bereitstellung eines Versuchsfeldes bei der Universität Göttingen zu fördern.

Das Schillergymnasium in Lichterfelde veranstaltet Aufführungen des „König Oedipus" von Sophokles, und zwar in deutscher Sprache am 24. und 27., in griechischer Sprache am 25. und 28. März, 7½ Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Berliner Str. 41. Karten sind in den Lichterfelder Buchhandlungen und im Schillergymnasium für 1 Mark erhältlich.

Ausstellung Rafaello Busoni. In den Räumen der Atlantic Buchhandlung, Magstr. 21, ist eine Ausstellung Rafaello Busoni eröffnet worden. Der junge Künstler, ein Sohn Ferruccio Busonis, zeigt seine neuesten graphischen Arbeiten, Mappen, Einzelblätter und Handzeichnungen.

Die Demagogen in der Klemme.

Um den spanischen Handelsvertrag.

Es schien ein großer Tag werden zu wollen, als der handelspolitische Ausschuß des Reichstages am Sonnabend zusammentrat. Drei Minister anwesend: Stresemann, Neuhaus, Graf Kanitz. Der Ernährungsminister Graf Kanitz sollte endlich eine Vorlage über die Unterstützung der Winzer vorlegen, die der Ausschuß schon vor Wochen gefordert und die Regierung zugesagt hat. Statt dessen beschränkte er sich in ganz allgemeinen Worten auf die Ankündigung einiger Maßnahmen. Den Winzern soll durch Vermittlung der Genossenschaften ein Kredit zur Verfügung gestellt werden zu niedrigen Zinsen. Den Zinsausfall würde das Reich tragen. Für die Weinsteuer sollen Zahlungserleichterungen und Stundungen gewährt werden. Bei der Einziehung der direkten Steuern der Winzer würde weitgehende Rücksicht, evtl. Erlaß eintreten. Schließlich sollen Mittel zur Förderung des Weinbaues, insbesondere für Anpflanzung amerikanischer Reben bereitgestellt werden.

Der Ausschuß war von diesen Allgemeinheiten nicht besonders erbaut und von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, wie merkwürdig es sei, daß die Regierung auch jetzt noch keinen Gesetzentwurf vorlegen könne, sondern sich an den Ausschuß um Rat und Hilfe wende.

Der Außenminister Dr. Stresemann trat in kurzen Worten für die unbedingte Notwendigkeit der Ratifizierung ein. Die außenpolitischen Gründe wollte er in einem Unterausschuß näher entwickeln. Im Anschluß daran kam es in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit — das Plenum trat bereits um 11 Uhr zusammen— zu einer ganz interessanten Debatte. Die industriellen Vertreter, die endlich begreifen, was auf dem Spiele steht, wehrten sich gegen die maßlose Demagogie der agrarischen Interessenten. Namentlich der Abg. Dr. **Schneider** (D. Vp.) betonte, daß es ganz unmöglich sei, Handelspolitik zu treiben, wenn die deutschen Unterhändler überhaupt nicht mehr in der Lage wären, die notwendigen Kompensationen für die Zugeständnisse der anderen Seite zu machen. Der Abg. **Becker** von der Volkspartei erklärte darauf seinem eigenen Fraktionskollegen, daß er von den Fragen und Interessen des Weinbaues nichts verstünde. Im übrigen meinte er, solle man doch den Sozialdemokraten nicht die Freude machen, diese Differenzen allzusehr zu debattieren. Mit Recht konnte der Abg. Dr. **Dessauer** (Z.) die Lage dahin kennzeichnen, daß wir bei dieser Art von Interessenvertretung **mit unserer gesamten Handelspolitik in eine tragische Situation kommen.** Man sieht, die sozialdemokratische Erziehung beginnt ihre ersten Früchte zu tragen. Die Industrie ist gezwungen, der handelspolitischen Demagogie entgegenzutreten. Aber auch die Regierung wird sich entschließen müssen, ihre Parteien mehr in Zucht zu nehmen, wenn sie nicht ihren handelspolitischen Bankerott erleben will.

Der Ausschuß beschloß schließlich die Einsetzung einer Unterkommission, die die Hilfsmaßnahmen für die Winzer beraten und möglichst bald Bericht erstatten soll. Zunächst haben die bürgerlichen Parteien also Zeit gewonnen, aber es wird dafür gesorgt werden, daß bei Wiederzusammentritt des Reichstages endlich eine klare Entscheidung fällt.

Der Mißbrauch des Rundfunks.

Keiner wills gewesen sein.

Der parteipolitische Mißbrauch des Berliner Rundfunks am Sonntag abend zur Verbreitung der Erklärung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion gegen Behauptungen der „Vossischen Zeitung“ und des „Vorwärts“ ist bereits durch eine von uns heute früh veröffentlichte Wolff-Meldung im Namen der Reichsregierung verurteilt worden. Dazu hören wir noch, daß unter „Reichsregierung“ auch in diesem Falle nicht ein einzelnes Kabinettsmitglied, sondern alle an dieser Angelegenheit interessierten Reichsminister zu verstehen sind, im vorliegenden Falle also auch die Reichskanzlei und der Reichsminister des Aeußern.

Die Reichspressestelle hat lediglich dem Rundfunkbureau auf seine Anfrage, ob Neues vorliege, geantwortet, daß an Neuem nur diese deutschnationale Erklärung vorliege; die Reichspressestelle hat aber weder den Wunsch geäußert, daß diese Erklärung durch den Rundfunk verbreitet werde, noch hat sie irgend welchen Einfluß auf diese Verbreitung, auf ihren Inhalt und auf ihre Form genommen. Auch nach der Auffassung der Reichspressestelle hat der Berliner Rundfunk sich durch die Art dieser Verbreitung in Widerspruch gesetzt zu seiner Pflicht der Unparteilichkeit und Ueberparteilichkeit.

Eine gewisse Erklärung für diesen Fall mag vielleicht die Tatsache bieten, die wir weiter erfahren, daß nämlich der bisherige Leiter des Nachrichten- und Vortragswesens im Berliner Rundfunk, Herr Th. Weldert, ein alter erfahrener Journalist, aus dieser Stellung infolge einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung mit dem Staatssekretär der Reichspostverwaltung für das Funkwesen, Herrn Bredow, ausgeschieden ist und daß diese Stelle jetzt ein bedeutend jüngerer und dementsprechend wohl auch weniger erfahrener Herr einnimmt.

Magdeburger Prozeß.

Neue Beweisanträge der Verteidiger.

Die Verteidigung im Magdeburger Prozeß stellt derartig viele Beweisanträge, daß es den Anschein macht, als ob sie die Verhandlungen zu einem großen Affentheater gestalten wollte. Heute beantragte sie Aerzte darüber zu vernehmen, daß Georg Davidsohn nicht geisteskrank, sondern „ein hochintelligenter, geistig und seelisch weit überragender Mensch“ sei. Zum Ausgleich fordert sie eine Reihe von Zeugen, die nachweisen sollen, daß — Scheidemann unglaubwürdig sei!

Ebert ist tot! Jetzt soll die Hetze gegen Scheidemann beginnen. Und das Gericht? Wird es all den Anträgen stattgeben, die mit der Behauptung Rothardts auch nicht das Geringste zu tun haben?

Heute vormittag wurde Genosse Siering, der frühere preußische Handelsminister, über seine Erfahrungen beim Januarstreik von 1918 vernommen.

Entwaffnungskontrolle und Räumung.

Basch gegen Verschärfung.

Paris, 24. März. (WTB.) Professor Viktor Basch spricht sich in der heutigen „Ere Nouvelle“ gegen den Plan aus, die Entwaffnungskontrolle des Völkerbundes zu verschärfen. Er schreibt, Deutschland habe das Recht, zu verlangen, daß die Frage der Räumung der Kölner Zone geregelt werde, und daß es erfahre, welche Verfehlungen gegen die Versailler Entwaffnungsbestimmungen ihm zum Vorwurf gemacht werden, und was man noch von ihm fordere. Hierüber müßten sich vor allem Frankreich und England verständigen, und sie müßten auch gleichzeitig bestimmen, ob, wenn die Kölner Zone geräumt werde, die Alliierten über sie ein ständiges Kontrollrecht ausüben können. Darüber müsse entschieden werden nach Buchstabe und Geist des Versailler Vertrages.

Rechtsprechung bei Unfällen.

Ein acht Jahre dauernder Kampf um die Rente.

Es liegt im Wesen und in der Verantwortlichkeit einer Versicherungsgesellschaft, daß sie bei Erkrankungen, die durch unverschuldete Unfälle zustandegekommen sind, ihre Mitglieder schützt und stützt. An den hunderten von Prozessen, die um eine Rente, um ein Existenzminimum geführt werden, erkennt man schon, wie sehr es vielen Gesellschaften darauf ankommt, die Gelder, die sie eingenommen haben, möglichst lange zu konservieren. Aerztliche Urteile und Gegenurteile verzögern derartige Prozesse endlos, oft so lange, bis der Unfallkranke nicht mehr in der Lage ist, sein Recht zu verteidigen, oder bis er, krank und mürbe gemacht, einen kläglichen Vergleich schließt. Die Gerichte gehen leider auf die ausgefallensten Wünsche der Versicherungsgesellschaften, die alle möglich nichts für die Unfallverletzten zahlen möchten, mit unverständlicher Langmut ein. Von einem solch typischen Fall möchte ich hier kurz und sachlich berichten. Da unser Beispiel nicht vereinzelt dasteht, dürfte die Flucht in die Oeffentlichkeit auch dem Landgericht I zu denken geben, zumal ich als behandelnder Arzt nur die Interessen eines tatsächlich durch die Prozesse mürbe und zermürbt werdenden Kranken vertrete.

Herr R. fiel im Jahre 1917 von einer Marmortreppe, auf der die Teppiche fehlten, herunter und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung mit langdauernder Bewußtlosigkeit. Ueber die Fahrlässigkeit, die in dem Nichtbelegen der glatten Treppen mit Teppichen bestand, liegt ein gerichtsgutachtliches Zeugnis vor. Ueber den Zustand des Gefallenen unmittelbar nach dem Unfall sind ärztliche Zeugnisse vorhanden. Die Versicherungsgesellschaft bestreitet natürlich jeden Anspruch des Geschädigten und ließ es auf einen Prozeß ankommen. Dieser Prozeß dauert seit 1917 und ist noch jetzt nicht annähernd beendet. Etwa zwei bis drei Jahre nach dem Unfall hat der Vertrauensarzt der Versicherungsgesellschaft, ein bekannter und strenger Gerichtsarzt Berlins, die Unfallfolgen als solche erkannt und Herrn R. als 50 Proz. erwerbsunfähig erklärt. Ein Jahr nach dem Unfall traten in kurzen oder längeren Intervallen schwere Anfälle von Bewußtseinstrübung oder Bewußtlosigkeit auf, die dem Kranken eine regelmäßige Tätigkeit tatsächlich unmöglich machten. Gutachten auf Gutachten wurde eingeholt oder beigebracht. Der Kranke zeigte keine Spur von Uebertreibungssucht oder hysterischen Anwandlungen. Das Reichsgericht entschied im Frühjahr 1923, daß die Klage des Herrn R. dem Grunde nach als recht erkannt wird und verwies das weitere Urteil an das Landgericht I (die erste Instanz) zur Festsetzung der Rentenhöhe. Zur Festsetzung dieser Prozentzahl brauchte die genannte Kammer bisher zwei Jahre, ohne zu einem Ziele zu kommen. Es ist noch nicht abzusehen, wieviel Monate und Jahre die Kammer weiterhin brauchen wird, um zu einer Entscheidung zu kommen. Die Versicherungsgesellschaft zeigt immer wieder das Bestreben, durch gutachtliche Aeußerung privater Aerzte und Professoren die vom Gericht eingeforderten Gutachten illusorisch zu machen und das Gericht gibt dieser Methode nach. Acht Jahre geht der Prozeß. Alle vom Gericht eingeforderten wissenschaftlich gestützten Gutachten haben sich präzise dafür ausgesprochen, daß der Schädelunfall des Herrn R. ihn krank und erwerbsunfähig gemacht hat. Trotz alledem stellt sich das Gericht immer wieder auf den Standpunkt, daß irgendein Arzt, auch ein autoritativer, etwa im Sinne der Versicherungsgesellschaft ein Urteil fällen könnte.

Man versetze sich in die Seele eines solchen Kranken, der von Monat zu Monat um seine Gesundheit und um sein Recht kämpft und stelle sich vor, wie derartige nicht mehr verständliche Nachgiebigkeiten eines Gerichts auf ihn wirken müssen, und man wird es mir glauben, wenn ich sage: bisher ist der Kranke ruhig geblieben, kein Zeichen von Gewaltsamkeit, Hysterie, Simulation ist ihm je nachgewiesen worden. Wenn er jetzt zu einem erregten, aufsässigen, querulierenden und seelisch gebrochenen Menschen wird, so ist die Schuld nicht mehr der Unfall allein und nicht mehr die Gehirnerschütterung, sondern eine prozessuale Gepflogenheit, die, mag sie juristisch auch noch so fundiert sein, jeden Einblick in die Psyche eines Kranken vermissen läßt. Versicherungsgesellschaften haben viel Geld und haben viel Zeit, um zu warten, ein Kranker, der von 60 M. im Monat mit seiner Familie leben soll, hat dieses schätzenswerte Rüstzeug für seine Nerven nicht. Eine Beschwerde beim Reichsjustizministerium ist kaum zu umgehen. Vielleicht verhilft diese und auch unser, aus menschlichen Interessen diktierter Schrei in der Oeffentlichkeit dazu, die Langsamkeit eines Gerichtsverfahrens aufzuheben. Wer zu gut recht sprechen will, spricht schlecht recht. Dr. med. Kurt Singer.

Jarres-Gefolge.

Bei dem Jarres-Rummel, den die vereinigten Reaktionäre am Sonntag im Sportpalast veranstalteten, hat es an Gewalttätigkeiten der Schwarzweißroten gegen Andersdenkende wieder nicht gefehlt. Ein Wähler, der Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und auch des katholischen Windthorst-Bundes ist, schildert uns, wie ihm von Leuten aus dem Jarres-Gefolge mitgespielt wurde. Er hielt sich der Kundgebung im Sportpalast fern, ging aber um die Zeit der Kundgebung durch die Potsdamer Straße, um zwei ihm bekannte Personen zur nächsten Sitzung des Windthorst-Bundes einzuladen. Am Sportpalast standen etwa hundert der zu Jarres haltenden Hitlerianer, Jungdomitglieder, Bismärcker usw. Als sie das schwarzrotgoldene Abzeichen des Reichsbannermanns sahen, wurde er in der gemeinsten Weise angepöbelt. Man schimpfte „Schiebergesindel! Barmat-Jugend! Mostrichjungens! Dreckiger Judenjunge!“ Nebenbei bemerkt: er ist, wie er uns schreibt, nicht Jude, sondern überzeugter Katholik. Die Jarres-Leute wurden immer dreister und verlangten, daß er sein Reichsbannerabzeichen wegtäte, sonst würden sie ihn „in die Fresse schlagen“. Man forderte sogar, daß er sofort die Potsdamer Straße verließe, und die üblichen Drohungen wurden hinzugefügt. Da ihm die Angreifer nicht von den Fersen gingen und er keine Lust hatte, sich von ihnen tätlich beleidigen zu lassen, so kehrte er um und ging zur Straßenbahnhaltestelle. Auf dem Wege dorthin sprach ihn ein Herr an, der den Vorfall beobachtet hatte und sich jetzt über die von ihm mitangehörten gemeinen Beschimpfungen abfällig äußerte. Die Unterhaltung wurde unterbrochen durch eine anrückende Horde von 20 bis 30 Personen, die dem Reichsbannermann sein schwarzrotgoldenes Abzeichen vom Mantel rissen und ihn mit den Fäusten ins Gesicht schlugen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Polizei verdankte er es, daß er frei kam. Er hatte aber ein Verletzung im Gesicht erlitten, so daß er einen Arzt in Anspruch nehmen mußte. Der Mißhandelte und seines Abzeichens Beraubte will Anzeige erstatten und bittet, daß jener Herr, der die Attacke mit ansah, sich ihm als Zeuge zur Verfügung stellt. Auch andere Personen, die vielleicht gleichfalls Augenzeuge waren, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten. Mitteilungen sind zu richten an den Gau Berlin des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Sebastianstr. 38.

Radikalinskis auf dem Kriegspfad.

Am Montagabend gegen 9 Uhr wurden an der Ecke der Bötzow- und Hufelandstraße Angehörige des Bismarck-Bundes von Mitgliedern des Roten Jungsturms überfallen und ihrer Wahlflugblätter beraubt. Inzwischen kamen Verstärkungen hinzu, so daß sich eine große Schlägerei entwickelte, in deren Verlauf die Kommunisten mit Messern und Schlagringen auf die Bismärcker eindrangen. Das von Passanten alarmierte Ueberfallkommando entsandte eine starke Mannschaft, der es gelang, die Menge zu zerstreuen. Sieben der Demonstranten wurden festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Nach den weiteren Ermittlungen hat es auf beiden Seiten mehrere Verletzte gegeben, die aber von ihren Parteifreunden schleunigst weggebracht wurden.

Gegen 10½ Uhr abends versuchten Teilnehmer eines kommunistischen Demonstrationszuges in der Alten Schönhauser Straße aus noch nicht ermittelter Ursache mehrere Personen von dem Vorderperron eines Straßenbahnwagens der Linie 47 mit Gewalt herunterzuholen. Schutzpolizisten, die infolge des Tumults herbeieilten, wollten die Angreifer festnehmen, doch suchten diese ihr Heil in der Flucht und eilten dem Demonstrationszug nach, der sich in der Richtung Hackescher Markt bewegte. Als die Demonstranten die Beamten bemerkten, zerstreuten sie sich über die ganze Straßenbreite und die an dem Straßenbahnüberfall Beteiligten verschwanden nun in der Reihe ihrer Genossen und konnten durch die Polizeibeamten nicht mehr festgestellt werden.

Unsere Montagsversammlungen.

Der 3. Bezirk (Berlin-Mitte) veranstaltete eine gut besuchte Frauenversammlung zur Reichspräsidentenwahl im Reichskasino in der Königstraße, in der Genossin Hanna, M. d. L., über die „Republikanische Pflicht der Stunde“ sprach. In temperamentvollen Ausführungen wandte sie sich gegen die unmögliche Jarres-Kandidatur der Rechten. Jarres, der Repräsentant der Schwerindustrie, ist der Sammelkandidat aller offenen und versteckten Feinde der Republik von Wulle bis Stresemann. Er ist der Mann, der in der schwersten Stunde des Reiches so unglaublich kurzsichtig und kopflos war, vorzuschlagen, die Rheinprovinz vom Körper Deutschlands abzutrennen, um sie sich nachher „mit Waffengewalt wiederzuholen“. Ein Romantiker gefährlichster Sorte, der der denkbar Ungeeignetste für den Reichspräsidentenposten ist. Sein Sieg bedeutet erneute Sanktionspolitik des Auslandes, bedeutet das Grab unserer Republik. Die Reaktion wittert Morgenluft, schlagen wir sie am 29. März so nachdrücklich aufs schwarzweißrote Haupt, daß ihr Hören und Sehen vergeht. Die kommunistische Zählkandidatur ist eine schädliche Zersplitterung, die nur der anderen Seite dient. Die Parole aller Republikaner für den Entscheidungskampf ist Otto Braun.

In der 39. und 48. Abteilung vom Bezirk Kreuzberg sprach im Alexandriner Genosse Lempert. Er kennzeichnete die demagogische Haltung der Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage. Der Drang nach der Futterkrippe hat sie alle ihre früheren Grundsätze und Forderungen vergessen lassen. Sie wollen in die Regierung, um die Republik auf trockenem Wege zu stürzen. Unser Genosse Otto Braun ist bereits von namhaften bürgerlichen Politikern gewürdigt worden als ein Mann von hervorragenden Führereigenschaften. Ihn zu wählen ist nicht nur Pflicht eines jeden Sozialisten, sondern jedes arbeitenden Menschen.

In der Schulaula Görlitzer Ufer sprach Genosse Landa vor zahlreichen Zuhörern. Die Republik hat uns trotz mancher Fehler viel Gutes gebracht, so das gleiche Wahlrecht, die Verminderung des Militarismus, politische Freiheit, Wirtschaftsdemokratie in den Betrieben und als Folge davon die Betriebsräte, und so noch vieles andere zum Wohle der Bevölkerung. Warum müssen wir Otto Braun wählen? Weil an die Spitze der republikanischen Staatsform ein Republikaner hingehört, weil die Lohnempfänger, Arbeiter, Angestellte und Beamte, verlangen, daß der Republik der soziale Inhalt gegeben werden muß. Dafür wird Otto Braun eintreten.

Die stark überfüllte Wählerversammlung im Lyzeum in Tempelhof eröffnete der Versammlungsleiter, indem er dem verstorbenen Reichspräsidenten ehrende Worte widmete. Dann sprach Genosse Kuttner über die Entstehung der Republik, schilderte den Zusammenbruch des alten Systems, betonte den Widerstand gegen das neue Staatsgebilde, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten allergrößten Umfanges, die Unruhen in Deutschland sowie die Störungsversuche. Am Schlusse seiner Ausführungen gedachte der Redner in eindringlichen Worten der verbrecherischen Politik der Kommunisten, die auch bei der Präsidentenwahl der Reaktion in den Sattel verhelfen wollen. Die Sozialdemokratie allein sei das Rückgrat der Republik; sie stellt Otto Braun als Kandidaten auf, den Sohn des werktätigen Volkes. Brausender Beifall folgte diesen Ausführungen.

In einer gut besuchten Wählerversammlung sprach Genosse Liedtke in Wittenau. Mit vereinten Kräften kämpft die Reaktion unter der Parole: „Wählt Jarres“ um die Wiedereroberung verlorener Positionen. Die moderne Arbeiterbewegung hat der Reaktion in unserem Genossen Otto Braun einen entschiedenen Gegner gegenübergestellt. Wie immer in der letzten Zeit, so hat auch diesmal die Kommunistische Partei als Schildhalterin der Reaktion, der Sozialdemokratie einen eigenen Kandidaten entgegengestellt. Thälmann ist Zählmann für Jarres. Die Nationalisten und Kommunisten haben bewiesen, daß ihre Außenpolitik, die Politik der Nichtverständigung, die breiten Massen ins tiefste Elend stieß, als sie die Verständigungspolitik der Sozialdemokratie im November 1922 zum Scheitern brachten. Wer für Verständigungspolitik mit allen Völkern der Erde ist und für wirtschaftlichen Wiederaufstieg, der wählt den Sozialdemokraten Otto Braun.

Tariferhöhung bei der Eisenbahn.

Erschwerung des Jugendreiseverkehrs.

Wie die deutsche Eisenbahngesellschaft mitteilt, sieht sie sich genötigt, die ihr erwachsenden Mehrausgaben an Löhnen teils durch geringfügige Einschränkungen bisher im Personenverkehr gewährter Vergünstigungen, teils durch Erhöhungen in gewissen zurzeit besonders begünstigten Verkehrszweigen zu decken. Ab 1. April werden für Jugendfahrten bei einer Teilnehmerzahl von wenigstens 10 Personen 33⅓ Proz. statt bisher 50 Proz. Ermäßigung gewährt werden. Ferner werden die Preise der Monatskarten im Fernverkehr für die Folge nach 25 Einzelfahrten, staffelförmig fallend auf 18, im Stadt- und Vorortverkehr Berlins und Hamburgs nach 44 Einzelfahrten, auch weitere Entfernung ebenfalls stark fallend, berechnet werden. Neben den Arbeiterwochenkarten und Kurzarbeiterwochenkarten werden jedermann zugängliche Teilmonatskarten geschaffen, die nach sieben, im Stadt- und Vorortverkehr nach etwa 11 Einzelfahrten, staffelförmig wie bei den Monatskarten fallend, berechnet werden. Daneben laufen einige Erleichterungen für Gesellschaftsfahrten und Fahrten von Studierenden. Die Reichsbahngesellschaft glaubt also die kümmerliche Erhöhung von 3 Pf. pro Stunde, die sie den Eisenbahnern mit Hängen und Würgen zugestanden hat, dadurch wieder hereinholen zu dürfen, daß sie der Jugend die Erholungsmöglichkeiten beschneidet und die an sich kärglichen Vergünstigungen wieder einschränkt.

Zur Fahnenweihe teilt die Vertriebsstelle der Partei (Jugendsekretariat) mit, daß ein neuer Posten preiswerter schwarzrotgoldener und roter Fahnen eingetroffen ist. Die Vertriebsstelle, Lindenstr. 3, ist heute bis 5 Uhr, Mittwoch und Freitag bis 7 Uhr und Donnerstag und Sonnabend ebenfalls bis 5 Uhr nachmittags geöffnet. Es empfiehlt sich, daß die Parteiabteilungen Sammelbestellungen aufgeben, weil hierbei Rabatt gewährt wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. **Kreis Wedding.** Bildungsausschuß! Heute (Dienstag) fällt die Sitzung aus.
19. **Abt.** Die Abteilungsversammlung fällt aus. — Beteiligung an der Kundgebung im Sportpalast.
33. **Abt.** Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, 25. März, fällt aus. Dafür Beteiligung an der Sportpalast-Kundgebung. Außerdem restlose Beteiligung an der Wählerversammlung am Freitag, 27. März, 7 Uhr, in den [illegible]-Festsälen. — Die [illegible] müssen sofort ihre Mitgliedskarten dem Kassierer Gen. Paul [illegible], [illegible]str. 35, einreichen zwecks Empfangnahme des neuen Buches.
62. **Abt. Neukölln.** Die Bezirksführer werden ersucht, Material heute, Dienstag, abends 7 Uhr, bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 178, ganz bestimmt abzuholen.
118. **Abt. Lichtenberg.** Die bestellten Fahnen können sofort abgeholt werden. Preis 8,25 M. (Beim Gen. [illegible], Schottstr. 1.)

Gewerkschaftsbewegung

Rückkehr zum Achtstundentag.

In den städtischen Krankenpflegeanstalten.

Im Jahre 1919 wurde die bis dahin nahezu zeitlich unbegrenzte Arbeitszeit der Beschäftigten in den städtischen Krankenpflegeanstalten auf täglich 8 bzw. wöchentlich 48 Stunden herabgesetzt. Für einen Teil des weiblichen Pflegepersonals, die Schwesternschaft in den Krankenhäusern, wurde die geteilte, d. h. durch Pausen bzw. Freistunden unterbrochene, für das gesamte weibliche und männliche Pflegepersonal der übrigen Krankenpflegeanstalten die ungeteilte achtstündige Arbeitszeit durchgeführt. Für das letztere Personal galt der ungeteilte Arbeitstag bis Mai des vorigen Jahres; er ist dann auf Grund der Verordnung vom 13. Februar 1924 über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten beseitigt worden. Es wurde der Neunstundentag eingeführt. Die Schwestern der Krankenhäuser fielen nicht unter diese Neuregelung. Sie behielten weiter die 48stündige Arbeitswoche bzw. den geteilten Achtstundentag, allerdings nur theoretisch. Praktisch hat sich die Arbeitszeit bei den Krankenschwestern durch den nahezu rigorosen Abbau mittlerweile so ausgewirkt, daß sie 10 und 12, bisweilen sogar länger als 12 Stunden am Tage tätig waren. Für die Nachtwachen wurde in einigen Krankenhäusern sogar eine ungeteilte elfstündige Arbeitszeit durchgeführt.

Die Folge war, daß sowohl für die Schwesternschaft, als auch für die Kranken nachteilige Folgen sich alsbald bemerkbar machten. Die Erkrankungsziffer bei den Schwestern, insbesondere Tuberkulose, nahm beträchtlich zu. Die Kranken dagegen mußten der sorgsamen Pflege und Wartung entbehren. Der Kommunalbeamtenverband, bei dem ein wesentlicher Teil der Schwesternschaft organisiert ist, tat nichts, um die nachteiligen Folgen aus dem völlig unangebrachten Abbau der Schwesternschaft abzustellen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, bei dem gleichfalls ein Teil der Schwesternschaft organisiert ist, mußte hier helfend eingreifen. Seine Anträge an die Deputation für das Gesundheitswesen begegneten bei den bürgerlichen Mitgliedern, besonders bei den Deutschnationalen, einem starken Mißtrauen. Es gelang dann unserem Genossen Dr. Weyl in der Deputation durchzusetzen, daß die Schwesternschaft selbst vernommen wurde.

Am 21. d. M. berichtete Genosse Dr. Weyl, in einer äußerst stark besuchten Versammlung des Pflegepersonals der städtischen Krankenpflegeanstalten über die erzielten Ergebnisse. Er wies darauf hin, daß die eingerissenen schlechten Zustände in bezug auf die Arbeitszeit der Schwesternschaft nimmer hätten Platz greifen können, wenn man den wiederholten Anregungen der Organisation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Folge geleistet hätte und nicht in wahl- und planloser Weise einen Abbau am Pflegepersonal vorgenommen hätte.

Der Magistrat, der zu den Beschlüssen der Deputation für das Gesundheitswesen gleichfalls Stellung zu nehmen hatte, beschloß Richtlinien, in denen es heißt:

„Die durchschnittliche Arbeitszeit soll entsprechend den für die Beamten und Festangestellten allgemein geltenden Bestimmungen 48 Stunden wöchentlich betragen. Eine zu lange Dienstzeit schädigt den Gesundheitszustand der Schwestern und gefährdet die ordnungsmäßige Versorgung der Kranken. Der geschilderte Mißstand besteht zum Teil sowohl beim Tagesdienst, als auch bei den Nachtwachen. Vor allem erscheint es erforderlich, die zu langen Nachtwachen in einigen Anstalten entweder zu verkürzen oder Vorwachen einzurichten, wie sie in den Alt-Berliner Anstalten bereits bestehen.

Es soll den Nachtwachen von jetzt ab eine Kostzulage gewährt werden, die als Ergänzung der Tagesbeköstigung gelten soll. (Satz bis zu 25 Pf. für jede Nachtwache.)

Es ist darauf zu achten, daß die planmäßig festgesetzten Stunden für Mahlzeiten und Freizeiten vom Pflegepersonal innegehalten werden. Vor Antritt des Tagesdienstes ist den Schwestern Gelegenheit zu geben, das erste Frühstück einzunehmen. Eine Heranziehung der Schwestern zu den gewöhnlichen Reinigungsarbeiten ist im allgemeinen nicht zulässig.

Es ist beabsichtigt, die Vertretungskosten in der Weise zu erhöhen, daß jederzeit, auch während des Urlaubs und bei Erkrankungen, das Vorhandensein der planmäßigen Schwesternzahl gewährleistet ist. . . ."

Es ist selbstverständlich, daß die Beschlüsse nicht nur etwa auf das Schwesternpersonal, sondern auf das gesamte Krankenpflegepersonal Platz greifen werden. Die neunstündige Arbeitszeit des tarifvertraglichen Personals muß daher beseitigt werden. Ueber die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit ist mit dem Tarifvertragsamt bereits verhandelt worden. Dieses hatte der Organisation Richtlinien unterbreitet, nach denen die neue Arbeitszeit auch für das tarifvertragliche Personal durchgeführt werden solle. Gegenwärtig werden diese Richtlinien in den Kreisen des Pflegepersonals diskutiert. Der Ausschuß der Gesundheitsdeputation wie auch der des Magistrats zeugen von einem gewissen Weitblick, und es ist zu hoffen, daß man diesen Weitblick auch in der Zukunft bewahrt. Das gesamte Personal der Schwesternschaft hat indes die Pflicht, daß die eingangs erwähnten nachteiligen Umstände nicht wieder Platz greifen.

Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

In einem Erlaß des Preußischen Handelsministers an die zuständigen Behörden wird ausgeführt, daß behördliche Anordnungen lediglich bewirken sollen, daß eine entsprechend erweiterte Sonntagsbeschäftigung nicht gegen ein gesetzliches Beschäftigungsverbot verstößt. Tarifvertragliche Abmachungen, die sich innerhalb der durch die behördliche Anordnung zugelassenen Grenze halten, werden daher von der Anordnung nicht berührt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen hält es der Minister, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, gleichwohl für wünschenswert, daß insbesondere bei der Festsetzung von Ausnahmesonntagen auf bestehende tarifliche Abmachungen nach Möglichkeit Rücksicht genommen wird, insbesondere dann, wenn der Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt und dadurch seine überwiegende Bedeutung anerkannt ist.

Der „Film-Kurier" berichtigt nicht.

Von der deutschen Filmgewerkschaft wird uns geschrieben: Zu den Blättern, die die Unternehmerinteressen in der Filmindustrie zu vertreten bemüht sind, zählt auch der in Berlin erscheinende „Film-Kurier". Dieses Blatt sucht sich insbesondere dadurch in Unternehmerkreisen zu empfehlen, daß es die Arbeitnehmerorganisation herunterreißt. Am 6. März brachte der „Film-Kurier" eine Notiz mit der Ueberschrift: „Die deutsche Filmgewerkschaft ausgeschlossen", wonach der Ausschluß der Organisation aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und aus der Berliner Gewerkschaftskommission erfolgt sei. Da diese Behauptung unwahr ist, schickte der Ausschuß der Gewerkschaftskommission dem „Film-Kurier" eine entsprechende Mitteilung, die der „Vorwärts" am 11. März (Nr. 118) veröffentlicht hat, von der jedoch der „Film-Kurier" seinen Lesern bis heute noch keine Kenntnis gegeben hat, daß seine Angabe vom 6. März den Tatsachen nicht entspricht. Trotzdem ein Beauftragter der Filmgewerkschaft der Redaktion des „Film-Kurier" zu Händen des Herrn Jäger zwei Berichtigungen übergeben hat, deren Abdruck ihm durch Handschlag zugesichert wurde.

Anmerkung der Redaktion: Der Filmgewerkschaft empfehlen wir bei dieser Sachlage, dem „Film-Kurier" eine Berichtigung auf Grund § 11 des Pressegesetzes zu schicken, um ihn zur Zurücknahme der unwahren Behauptung zu zwingen.

Eine kommunistische Größe.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 60a vom 16. März 1925 der „Roten Fahne", die in den Betrieben als Agitationsnummer gratis verteilt wurde, befindet sich ein Bericht, dessen Verfasser als ein Arbeiter Georg Striehl von der AEG. bezeichnet wird. Kaum hatten unsere Kollegen diesen Bericht gelesen, so kamen sie in Scharen zum Betriebsrat mit der Anfrage: Ob denn der Verfasser der Striehl sei, der bereits bei der Firma Frister u. Roßmann gearbeitet habe.

Ja, es war der Striehl. Es war der Striehl, welcher Tag für Tag seine verdienten Groschen zur Rennbahn brachte, während seine Frau und Kinder bittere Not litten. In empörender Erinnerung ist den Kollegen noch, daß Striehl, nachdem sein ausgehungertes Weib mit drei unterernährten Kindern ihn hier im Betrieb aufsuchten und um etwas Geld baten, die unglückliche Frau mit Ohrfeigen traktierte, so daß diese sich mit den unglücklichen Kindern an die Direktion wenden mußte.

Mit Entrüstung hat die gesamte Belegschaft die Aufforderung in der „Roten Fahne" gelesen, aus der SPD. auszutreten, schon aus dem Grunde, weil alles, was Striehl erzählt, nur auswendig gelernte Phrasen sind, die dem Zwecke dienen, einen Posten zu ergattern. Wir sind aber der Meinung, daß ein Arbeitervertreter mit dem Herzen bei der Sache sein muß und nicht nur das große Maul maßgebend ist.

Daß man wegen Unterschlagung bestraft wird, darüber kann Striehl aus eigener Erfahrung sprechen. Von den Alimentationsklagen wollen wir nicht reden, denn sie sind für Striehl auch eine böse Erinnerung.

Wir gratulieren den Kommunisten zu ihrem neuen Genossen und den Kollegen der AEG. zu ihrem Betriebsratskandidaten.

Der Betriebsrat und die Vertrauensleute der Firma
Frister u. Roßmann A.-G., Berlin.

Die Metallarbeiterbewegung in Italien.

Mailand, 24. März. (EP.) Der Metallarbeiterverband von Triest hat die Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet, obwohl ihm die Zugeständnisse der Industriellen nicht zufriedenstellen. In den Werften von Monfalcone ist der Betrieb bereits gestern wieder aufgenommen worden. Zum Protest gegen die vom Generalsekretär der faschistischen Gewerkschaft, Rossini, mit den Industriellen abgeschlossenen Lohnabkommen sind die faschistischen Gewerkschaftsführer von Triest zurückgetreten. In Neapel sind die Metallarbeiter wegen ihrer Lohnbewegung ausgesperrt worden.

Die Hanauer Diamantschleifer haben das Angebot der Unternehmer abgelehnt und streiken weiter, um die von ihnen geforderte Lohnerhöhung von 20 Proz. durchzusetzen. Die ebenfalls streikenden Diamantschleifer in Erbach (Odenwald) stimmen mit ihren Hanauer Kollegen überein.

Die Chauffeure von Paris protestierten gegen den Beschluß der Verkehrskommission, wonach ihnen bei selbstverschuldeten Unfällen die Fahrbewilligung sofort entzogen werden kann. Nach Schluß der Versammlung veranstalteten etwa 3000 Teilnehmer mit ihren Taxametern einen Protestzug auf den Boulevards.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Kameradschaft Prenzlauer Berg. Mittwoch, den 25. März, abends 6½ Uhr, Treffen sämtlicher Kameraden im Vorgarten des Sportpalastes. **Kameradschaft Zehlendorf.** Heute, Dienstag abend, Saalschutz wie verabredet. Für Mittwoch abend, Bereitschaft aller Aktiven. Mitteilung durch Wehrleiter und Bezirksoffiziere.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Künstlergardinen.
Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof.

Wer Möbel kaufen will,
muß unser neues Zahlungs-System kennen!

Fragen Sie uns — und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.

Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.

Was uns betrifft — wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

Willstädt & Co.
Berlinicke-, Ecke Albrechtstraße
am Wannsee-Bahnhof **Steglitz**

Conrad Müller

Trauerspenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Golletz,
Mariannenstr. 3.

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11–1 u. 4–6 Uhr

1000 Strickwesten
Sportjacken etc. aller Art.
Bleyle's Kinder-Kleidung
zu Originalpreisen.
Billigste Quelle für Kenner u. auserlesenen Geschmack
Bruno Richter & Co.
Fabriklager thür. Wollwaren
Bln.-Pankow, Mühlenstr. 1, Ecke Breitestraße
6–7 Nur Einzelverkauf.

A. Behelm - Schwarzbachs Kaufmännische Privatzirkel
(Inh. F. Eggert)
Neukölln. Anmeldung. Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer ½-Jahres- und ¼-Jahreslehrgänge — Fernspr.: Neukölln 1063

Was koche ich heute?

Von Eugen Brunfaut, Küchenmeister.

An die deutsche Hausfrau tritt sehr häufig, ja beinahe täglich die so wichtige Frage heran, was koche ich heute? — Nur wer diese Sorgen kennt, weiß was sie bedeuten, denn die Mittel sind in heutiger Zeit sehr beschränkt, es muß mit dem Pfennig gerechnet werden und so kommt es oft auf das Wissen und die Geschicklichkeit der Hausfrau an, ihr Wirtschaftsgeld bis zum letzten so auszunutzen, daß sie sich nicht nur die Zufriedenheit ihrer Familienmitglieder, auch ihrer täglichen Tischgäste dadurch erwirbt, indem sie ein schmackhaftes Mahl bereitet, sondern daß das Gebotene auch die größtmöglichen Mengen an Nährstoffen enthält und damit dem Körper diejenige Kraft zuführt, die er nun einmal benötigt, um das tägliche Arbeitspensum welches von ihm verlangt wird, zu leisten. — Da es nun sehr oft vorkommt, daß selbst schon in Friedenszeiten, wie im Jahre 1911, aber besonders in den Nachkriegszeiten eine Fleischnot in frischem Fleisch eintritt bzw. eintreten kann, so ist der Hausfrau Gelegenheit geboten, die hohen Fleischpreise zu umgehen und an Stelle von Frischfleisch **das vorzügliche argentinische Ochsenfleisch** zu benutzen und zu verwerten.

Gewisse Kreise der Bevölkerung stehen immer noch dem Gefrierfleisch mit einem Vorurteil gegenüber, indem sie glauben, daß Gefrierfleisch nicht diejenige Kraft besäße wie das deutsche Frischfleisch. — Gerade das Gegenteil ist der Fall, denn während sich in Deutschland der Frischfleischverkauf in drei Qualitäten spaltet, von der die erste Qualität nur für die Prominenten, das heißt für die oberen glücklichen Reichen, dem Preise nach sich eignet, ist das argentinische Gefrierfleisch infolge der dortigen fetten Weiden nur Ia Mastqualität, welchem soviel Nährstoffe wie Eiweißstoffen wie Kohlehydraten, aber vor allem auch soviel Phosphor innewohnt, daß sich die Qualitäten II und III von frischem Fleisch verstecken können. Gerade aber über den Phosphor im Fleisch wie auch in den Fischen hat der berühmte Arzt Geh. Rat Prof. Dr. Virchow seinen Schülern stets gelehrt: „Kein Gedanke ohne Phosphor". — Gegen den Verbrauch von Gefrierfleisch wird häufig eingewendet, daß durch Abfließen von Fleischsaft ein großer Verlust an Nährstoffen entsteht. — Dieser Vorwurf ist heute nicht mehr berechtigt, als diese früheren Kinderkrankheiten durch inzwischen eingetretene Erfahrung längst beseitigt sind. — So wird z. B. bei **den Berliner Gefrierfleischhallen G. m. b. H.**, welche beabsichtigt, in Berlin noch eine größere Anzahl von Verkaufsstätten für Gefrierfleisch einzurichten, das Gefrierfleisch, welches in 8° Celsius gefrorenem Zustande aus Argentinien hier ankommt, für den Konsum und Verkauf in der Art aufgetaut, daß das Fleisch von Kühlraum zu Kühlraum wandert, in dem sachgemäß immer eine höhere Temperatur herrscht und wo zum Ende das Gefrierfleisch **vollständig aufgetaut, in richtigem trockenem Zustande, ohne Verlust an Säften,** in diesen Verkaufsstellen zur Ausgabe an das große Publikum gelangt.

Wie wird Gefrierfleisch in der Küche richtig behandelt?

Jede Hausfrau und Köchin weiß es, daß man Gefrierfleisch nicht tagelang, wie z. B. ganz frisch geschlachtetes Fleisch, aufbewahren kann. Gefrierfleisch muß, um den durch richtiges Auftauen im Fleisch selbst enthaltenen Saft möglichst aufzuspeichern, noch am selben Tage verwendet bzw. vorbereitet werden. — Jede Hausfrau und Köchin muß es aber wissen, daß besonders bei dem Gefrierfleisch die alte Koch- und Bratmethode, wie sie schon früher bei Frischfleisch angewendet wurde, um dasselbe nach der Fertigstellung recht saftig zu gestalten, ebenfalls angewendet werden muß. — Diese Praktik bestand darin, daß Rindfleisch, welches später als Bouillonfleisch auf den Mittagstisch kommen soll, nicht mit kaltem Wasser aufgesetzt wird, sondern es im stark wellenden Wasser 100° Cels. aufs Feuer bringt. — Gefrierfleisch, welches zum Braten bzw. Schmoren bestimmt ist, muß in heißem Fett im Bratofen oder auf der Maschine schnell von allen Seiten angebraten werden, damit der innewohnende Saft durch Platzen der Poren durch die langsame Anwärmung nicht verloren geht.

Eröffnung
des zweiten Geschäfts der
Berliner Gefrierfleisch-Verkaufshallen
BERLIN N.
Müllerstr. 180
am Weddingplatz
Donnerstag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr